

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Margit Wild

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Matthias Fischbach

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)

A 13 für Lehrkräfte nicht erst ab der kommenden Legislaturperiode und E 6 für Verwaltungskräfte! (Drs. 18/24639)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Margit Wild, SPD-Fraktion, das Wort. Bitte.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer vielleicht selbst schon einmal in einem Klassenzimmer vorne stand, der weiß: Unterricht zu halten ist mental anstrengend. Man ist ständig gefordert, und natürlich hat man auch die Ansprüche an sich selbst und an den Inhalt des eigenen Unterrichts. Unsere Lehrkräfte geben an allen Schulen alles. Der nicht endende und nochmals verschärfte Lehrermangel an den Grund- und Mittelschulen, die immer noch andauernde Pandemie und die vielen jungen Menschen, die wegen des Kriegs an unseren Schulen sind, sind nur die offensichtlichsten Herausforderungen. Dabei gibt es noch viele andere. Ich nenne die Integration, die Inklusion. Wenn wir auch noch in Zukunft Lehrerinnen und Lehrer haben wollen, junge Leute, die diesen Beruf ergreifen möchten und die sich diesen Herausforderungen mit Mut und voller Überzeugung stellen, dann braucht es jetzt und sofort endlich Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, bitte entschuldigen Sie. – Meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich bitten, der Rednerin die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und die Gespräche einzustellen. Gehen Sie bitte raus, in den Gang, wenn Sie unbedingt dieses Bedürfnis haben. – Frau Wild, bitte, jetzt geht es weiter.

Margit Wild (SPD): Vielen herzlichen Dank. Das Thema ist anscheinend nicht mehr so interessant. Die Lehrerinnen und Lehrer draußen werden es aber sehr aufmerksam verfolgen. – Ja, es braucht Gerechtigkeit. Es braucht gute Bedingungen an unseren Schulen. Ein wichtiger Baustein ist eben auch die gerechte Bezahlung. Das hat sogar der Herr Ministerpräsident erkannt. Die Gerechtigkeit soll dann aber erst in der nächsten Legislatur hergestellt werden. Es pressiert also mit dem Herstellen der Gerechtigkeit nicht so sehr. Wir finden ganz einfach, das muss jetzt sein, diese Gerechtigkeit muss jetzt hergestellt werden.

Bei den Grundschullehrkräften haben Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen die Eingangsbesoldung in A 13 festgelegt. Das Bundesland Berlin hat ebenfalls die Tarifbezahlung auf E 13 angehoben. Hamburg und Schleswig-Holstein haben mit Stufenplänen, die bis 2023 bzw. bis 2026 laufen, die Anhebung der Besoldung von Lehrkräften an Grundschulen nach A 13 schon begonnen. Im Bereich der Sekundarstufe I hat neben den schon genannten Bundesländern auch Hessen die Eingangsbesoldung auf A 13 angehoben. In Baden-Württemberg können die Hauptschullehrkräfte durch eine berufsbegleitende Qualifizierung ebenfalls nach A 13 aufsteigen. Die neue Ausbildung im Lehramt Werkreal-, Haupt- und Realschule führt automatisch zum Eingangsamt A 13. Niedersachsen hat für die Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte zumindest mit einer monatlichen Stellenzulage für eine Verbesserung gesorgt. Hier hat inzwischen der Ministerpräsident Weil Anfang Mai angekündigt, dass A 13 für alle Lehrämter kommen wird. In Nordrhein-Westfalen wird im 2022 neu geschlossenen Koalitionsvertrag angekündigt, dass die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A 13 angehoben werden wird. Mehr als die Hälfte aller deutschen Bundesländer hat diesen Schritt also schon gemacht, ist mitten drin oder bereitet ihn gerade vor. Da frage ich Sie, liebe Staatsregierung, wie können Sie damit umgehen, dass halb Deutschland schon weiter ist als diese Paradiesvorstufe Bayern? Daher sage ich ganz eindeutig: Nicht warten, nicht zögern, sondern ganz einfach machen!

Außerdem fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag auch mindestens die Eingruppierung E 6 für Verwaltungsangestellte an Grund-, Mittel- und Förderschulen.

(Beifall bei der SPD)

Der Arbeitsplatz der Verwaltungsangestellten an den Schulen hat sich in den vergangenen Jahren enorm verändert. Es wird Zeit, dass die Arbeitsplatzbeschreibung endlich an die an allen Schulen gestiegenen Anforderungen angepasst und die Entgeltgruppe E 6 für alle realisiert wird. Zudem müssen Lehrkräfte und Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, um den umfassenden Bildungsauftrag auch erfüllen zu können. Eine gute Ausstattung mit Verwaltungspersonal und einer guten Bezahlung sorgt übrigens elementar für bessere Arbeitsbedingungen an unseren Schulen und damit für eine höhere Attraktivität der Lehrämter für Grund-, Mittel- und Förderschulen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Wild. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion auf.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon heute Früh von dem Evergreen "A 13 für alle" gesprochen. Frau Kollegin Wild von der SPD ruft dieses Thema aber noch einmal auf. Das sei ihr gerne vergönnt.

(Margit Wild (SPD): Hier heißt es dicke Bretter bohren!)

Ich muss aber ganz ehrlich sagen, die Ungeduld, die die SPD bei diesem Thema hat, verwundert mich schon etwas. Ich habe es schon heute Früh gesagt, A 13 jetzt und sofort, löst kurzfristig keinen Lehrermangel. Das sorgt überhaupt nicht dafür, dass ein zusätzlicher Lehrer vor einer Schulklasse steht. Es sorgt auch nicht dafür, dass eine zusätzliche Schulstunde unterrichtet wird.

(Margit Wild (SPD): Aber es motiviert!)

Frau Kollegin, das sollten Sie sich auch einmal überlegen, wenn Sie solche Anträge stellen. Im Übrigen habe ich Ihnen schon heute Früh gesagt, wenn Sie das Problem bei der Wurzel packen wollten, dann müssten Sie andere Anträge stellen. Aber, wie gesagt, geschenkt. Im Ziel sind wir uns auch einig, nur der Weg dorthin muss seriös bearbeitet werden.

Ich darf vielleicht noch einmal die Eckpunkte zusammenfassen. Es steht völlig außer Frage, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer nicht nur in Bayern, aber natürlich ganz besonders in Bayern, einen wertvollen Beitrag leisten und eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft erfüllen. Darum haben wir bei unserer Klausurtagung auch gesagt: Ja, die Bezahlung muss verbessert werden. – Wie ich schon gesagt habe, ist dies ein Parameter von mehreren. Wir machen einen Stufenplan. Vor allem machen wir ihn ab der nächsten Wahlperiode, weil es Geld kostet. Es ist nun einmal so: Wenn man eine höhere Besoldung fordert, dann kostet das auch Geld. Wir wollen bei den Mittelschulen beginnen; denn dort haben wir den größten Bedarf. Dort brauchen wir vor allem auch einen ersten Anreiz.

Aber, Frau Kollegin, wie gesagt, zu dem "Jetzt, Sofort und Hier" noch ein paar Überlegungen. Wer heute die Ausführungen zum Haushalt 2023 gehört hat, dem wird flau; dann wird mir flau, und eigentlich sollte auch Ihnen flau werden; denn ich glaube, es ist schon herauszuhören gewesen, dass der nächste Haushalt kein Wunschkonzert wird. Wenn ich das durchdenke: Allein bei den Personalkosten werden wir immense Steigerungen haben. Seit einer gewissen Zeit haben wir verschiedene Überlegungen zur Alimentation der Beamten, was uns Millionenbeträge im dreistelligen Bereich kosten wird. Auch die Bezügeanpassung, die wir zum 01.12.2022 haben, also jetzt wieder, wird einen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Hinzukommt die Energiepreispause für Pensionäre. All dies sind durchaus Belastungen, die man berücksichtigen sollte.

Wir haben auch noch ganz andere Themen gehört. Das 49-Euro-Ticket wird sehr, sehr teuer für das Land Bayern, für den Freistaat Bayern, weil der Bund zu wenig zahlt. Wir haben gehört, da werden bis zu 500 Millionen Euro fehlen. Die Ampel in Berlin nimmt momentan ein Versprechen nach dem anderen in den Mund, was dann letztendlich die Länder kofinanzieren sollen und müssen. So geht es aber nicht weiter; denn das muss auch im Haushalt abgebildet werden. Ich darf daran erinnern: Bis jetzt gibt es keine Lösung für das Thema Ukraine-Flüchtlinge, denen wir ohne Zweifel helfen müssen. Die Kosten sind zwischen Bund und Land aber bis heute nicht ausverhandelt. Hier gibt es keine Lösung. Auch die Wohngeldreform wird das Land 300 Millionen Euro oder mehr kosten. Sie müssen auch irgendwie sagen, woher Sie die Gelder nehmen wollen. Da werden uns die Kommunen nämlich noch eine ganz dicke Rechnung stellen, weil der Freistaat einspringen muss, weil wiederum der Bund die unteren Ebenen und die Kommunen im Stich lässt. So schaut es nämlich aus.

Ich glaube, ich brauche nicht zu betonen, dass wir auch noch die Schuldenbremse für 2023 haben. Bei dem, was wir da alles an Wünschen vortragen, wird man sicher auch eine Entnahme aus der Rücklage machen bei Inflation, bei Preissteigerungen, bei Lieferengpässen. Und dann müssen wir, glaube ich, auch noch einen bayerischen Härtefallfonds machen, weil der Bund wiederum zu wenig macht. Also, egal wie schlecht die Lage in Deutschland wird, in Bayern wird sie sicherlich besser, weil wir im Freistaat Bayern nämlich vorsorgen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Antrag der SPD ein weiterer ordentlicher Schluck über den Durst hinaus. Die Dauerbaustelle Schule werden Sie aus meiner Sicht allein mit dem Thema A 13 nicht lösen und auch nicht abwickeln.

(Margit Wild (SPD): Das sage ich ja auch nicht, aber es ist ein wichtiger Baustein!)

– Ja klar, aber nicht jetzt und gleich. Das ist doch der Punkt. Ich glaube, nicht jetzt und gleich, das ist der entscheidende Satz.

(Margit Wild (SPD): Da bin ich ja mal auf Ihre Lösung gespannt!)

Ich hoffe, Sie haben aufgepasst. Das alles muss auch bezahlt werden. Ein Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Das haben Sie anscheinend bis heute noch nicht gelernt.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das ist ja nahezu lächerlich!)

An dieser Stelle gilt der Spruch von Konrad Adenauer, der einmal gesagt hat: Das Einzige, was die SPD von Geld versteht, ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben will, vom Bürger über die Steuern, von den Kommunen und vom Freistaat.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das ist ja nahezu lächerlich!)

Lassen wir es bleiben.

(Margit Wild (SPD): Solche gibt es bei der CSU auch!)

– Ja, es gibt sicherlich auch viele andere Dinge, ganz genau. Ich warne Sie, und ich möchte Sie nur darauf hinweisen: Schnellschüsse bringen uns gar nichts.

(Margit Wild (SPD): Ich bin gespannt!)

Ich halte auch Ihre Definition von Gerechtigkeit, die Sie regelmäßig vornehmen, für sehr verwegen. Ihre Definition von Gerechtigkeit ist, es ist alles ungerecht, was nicht gleich ist. Jede Ungleichheit ist für Sie Ungerechtigkeit. Mit diesem Denken gibt es überhaupt keinen Anreiz für Leistung, Eigenverantwortung oder Motivation. Das muss man sich einmal hinter die Ohren schreiben. Tun Sie das mal ganz genau!

(Beifall bei der CSU)

Wir werden A 13 auf jeden Fall schrittweise ab der nächsten Wahlperiode einführen. Wir führen dazu Gespräche und nehmen Abstimmungen vor.

Wir haben beim Thema Verwaltungsangestellte in der Vergangenheit auch sehr viel getan. Wir haben die erweiterte Schulleitung eingeführt. Wir haben die Anzahl der Anrechnungsstunden deutlich erhöht. Wir haben in den letzten sechs Jahren über 350 neue Stellen geschaffen. Auch das haben Sie in keiner Weise erwähnt. Auch die Eingruppierung in E 5 haben wir ab 01.01.2020 neu geregelt. Im Übrigen sollten Sie eigentlich wissen, dass es sich bei Besoldungsangelegenheiten um Tarifangelegenheiten handelt.

(Margit Wild (SPD): Ist mir alles bekannt!)

Die Politik sollte sich eigentlich nicht in Tarifverhandlungen einmischen. Es wundert mich schon, dass ich ausgerechnet der SPD erklären muss, dass es eine Tarifautonomie gibt und diese im Grundgesetz geregelt ist.

(Beifall bei der CSU)

Wie dem auch sei, Frau Kollegin Wild, bleiben Sie auf dem Boden der SPD.

(Margit Wild (SPD): Sie müssen sich um mich keine Sorgen machen, Herr Fackler!)

Wir werden Ihren Antrag auf jeden Fall ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Herr Taşdelen, bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): Ich halte fest, dass der Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Kollege Wolfgang Fackler, die ungleiche Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern mit zu wenig Leistung, Motivation usw. begründet. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Lehrerinnen und Lehrer im Grund- und Mittelschuldienst.

Sie begründen es damit, dass kein Geld da ist. Kollege Fackler, für Ihr Missmanagement können die Lehrerinnen und Lehrer nichts.

(Zurufe von der CSU)

Sie haben das 49-Euro-Ticket angesprochen: Sie können im Koalitionsvertrag mit den FREIEN WÄHLERN gerne nachlesen, dass Sie ein 29-Euro-Ticket einführen wollten, das teurer gewesen wäre. Bleiben wir also insgesamt bei der Wahrheit. Für Ihr Missmanagement können die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler und die Verwaltungsangestellten nichts. Wir stellen schon seit vielen Jahren Anträge, die Sie auch hätten annehmen können.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Fackler, bitte.

Wolfgang Fackler (CSU): Herr Kollege Taşdelen, was Sie eingangs gesagt haben, fand ich völlig daneben.

(Beifall bei der CSU)

Aber bewusste und böse Missinterpretationen scheinen wohl zu Ihrem Repertoire zu gehören. Das ist für mich unterste Schublade. Ich sage Ihnen jetzt einmal, was ich gesagt habe.

(Arif Taşdelen (SPD): Diese Information kam von Ihnen! Das ist im Protokoll nachzulesen!)

Kollege Taşdelen, wie gesagt, mir brauchen Sie da nichts zu erzählen. Das ist unterste Schublade und Bösartigkeit. Ich weiß aber auch, dass das Ihre Aufgabe ist.

Zum Thema Gerechtigkeit: Sie müssen einmal darüber nachdenken, was Sie überhaupt sagen. Bei Ihnen ist jede Ungleichheit gleich eine Ungerechtigkeit. Wenn man das auf die ganze Gesellschaft hochpotenziert, dann funktioniert das nicht. In Ihrem Denken gibt es null Leistungsanreize.

(Arif Taşdelen (SPD): Jetzt sagen Sie das wieder!)

In Ihrem Denken. Es geht mir um Ihr Denken. Das ist das Problem. Das ist sozialistisches, linkes Einheitsdenken. Sie wollen überall Einheitsbrei. Das ist wirklich völlig fehl am Platz.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Herr Fackler, das ist unterste Schublade!)

– Das mag sein, aber er fängt ja damit an.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Fackler, bitte kommen Sie zum Ende.

Wolfgang Fackler (CSU): So, wie man in den Wald hineinruft, schallt es zurück. Genau so geht es dem Kollegen Taşdelen. Ich sage Ihnen jetzt noch etwas: Sie können anscheinend auch nicht rechnen. Kollege Arif, jetzt fangen Sie mal zu rechnen an. Der Freistaat Bayern wollte ein 365-Euro-Ticket machen. Jetzt machen wir ein 49-Euro-Ticket für das ganze Jahr. Das sind 6 –

(Das Rednermikrofon wird ausgeschaltet)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Das ist wunderbar. Herr Fackler, Ihr Mikrofon ist ausgeschaltet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor Frau Anna Schwamberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ans Rednerpult tritt, gebe ich das Ergebnis der zuletzt durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es handelt sich um den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Langfristige Laufzeitverlängerung der bayerischen Kernkraftwerke jetzt sichern!", Drucksache 18/24638. Mit Ja haben 13 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 120 Abgeordnete, und Stimmenthaltungen gibt es eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Frau Schwamberger, bitte, Sie haben das Wort.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Herr Präsident! Ich schiebe es jetzt auf die schon etwas fortgeschrittene Stunde, dass der Beitrag nicht zum Thema war: 365-Euro-Ticket ist jährlich. Das 49-Euro-Ticket ist monatlich. So ist es halt.

(Wolfgang Fackler (CSU): Das sind 600 Euro!)

– Ja, deswegen ist das 365-Euro-Ticket sogar teurer.

(Zuruf: Für den Staat teurer!)

– Ja, für den Staat teurer.

(Wolfgang Fackler (CSU): Für den Bürger ist es günstiger! Sie müssen raus aus Ihrer Blase!)

Herr Fackler, jeder Euro, den wir in Bildung investieren, ist ein guter Euro. A 13 ist klar nur ein Baustein. Ich möchte darauf hinweisen, dass meine Fraktion zwei Pakete allein zur Mittelschule auf den Weg gebracht hat. Vorschläge, wie man die Schularten weiterentwickeln und verbessern kann, liegen bereits auf dem Tisch. A 13 ist davon ein Bausteinchen. Darüber haben wir heute Vormittag bereits intensiv diskutiert.

Ich möchte noch einmal zwei Argumente für die Besoldung A 13 hervorheben: Es geht unter anderem um den Wegfall der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zweitqualifikation. Nach der Lehrerbedarfsprognose geht man von einem Drittel aus, die wechseln wollen. Das reißt nun mal empfindliche Lücken in die Lehrkräfteversorgung an den Mittelschulen, bei denen wir nicht wissen, wie es weitergehen soll. Die Studierendenzahlen sind im Keller. An der Situation muss sich grundsätzlich etwas ändern. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Zweitqualifikation sorgt A 13 für Wahlfreiheit, sodass sie eben nicht aufs Geld achten müssen.

Der Beruf als Grund- und Mittelschullehrkraft ist doch auf seine Art und Weise herausfordernd. Die Lehrkräfte tragen ihren Teil dazu bei, dass unser Bildungssystem funktioniert. Sie tragen schon viel zu lange viel zu viel Last auf ihren Schultern. Gerade Grundschullehrkräfte legen den Grundstein für alle anderen Schularten. Wenn Grundschullehrkräfte nicht ordentlich arbeiten, haben alle anderen das Nachsehen. Deswegen ist eine gleiche Besoldung nur folgerichtig. Das hat etwas mit Wertschätzung der Arbeit zu tun, und das nicht erst irgendwann und vielleicht, sondern jetzt. Wenn Sie jetzt nicht mit der Auszahlung beginnen wollen, dann legen Sie zumindest jetzt die gesetzliche Grundlage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte aber den Fokus auf die zweite Berufsgruppe, die im Antrag der SPD aufgeführt ist, richten: die Verwaltungsangestellten. Sie sind neben dem Hausmeister die guten Seelen der Schulen: Dir ist übel? Du hast dir das Knie aufgeschlagen? Du willst nach Hause? Wann genau muss ich das Zeugnis abgeben? Wie haut das jetzt mit ASV hin? – Die Verwaltungskräfte sind wahre Allround-Genies, die maßgeblich dazu beitragen, dass der Schulalltag läuft. Sie sind sowohl Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Lehrkräfte und Eltern als auch für Schülerinnen und Schüler. Gerade bei der Organisation der Brückenklassen haben die Verwaltungskräfte einen enormen Anteil der Arbeit übernommen, und zwar zusätzlich zu ihren eigentlichen Aufgaben, aber eben ohne eine Stundenangleichung.

Die Arbeitsbedingungen für die Verwaltungskräfte haben sich in den letzten Jahren nicht verbessert. Die Stundenzuteilung stammt aus dem Jahr 1987 und ist einfach nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Kleine Schulen sind unterversorgt und haben nur stundenweise eine Unterstützung durch eine Verwaltungskraft. Das führt dazu, dass Lehrkräfte das Telefon mit ins Klassenzimmer nehmen und gegebenenfalls Anrufe entgegennehmen müssen. Das ist doch für alle kein Zustand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

E 4, und dann nicht einmal Vollzeit, weil Stunden gestrichen werden, das ist doch die traurige Wahrheit für Verwaltungskräfte gerade an bayerischen Grund- und Mittelschulen.

Wir unterstützen den Antrag der SPD für eine faire Entlohnung der Verwaltungsangestellten und unserer Lehrkräfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Schwamberger. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Tobias Gotthardt, FREIE-WÄHLER-Fraktion.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja nicht so, dass wir heute nicht schon ein paar Mal über A 13 gesprochen und eigentlich schon alles besprochen hätten, aber ich nutze die Gelegenheit gerne, verehrte Kollegin Wild, um noch einmal die Position der FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion darzustellen.

Ja, wir wollen und wollten seit Langem schon A 13 für alle. Wir haben dazu inzwischen eine gemeinsame Position innerhalb der Bayernkoalition.

Ja, wir wollen die Festlegung eines klaren Fahrplanes, eines verlässlichen Fahrplanes noch in dieser Legislatur, damit Planungssicherheit für alle Lehrkräfte besteht.

Ja, wir wollen eine Umsetzung ab dem Schuljahr 2023/2024.

Ja, wir sehen auch die Anliegen und Bedarfe der anderen Gruppen und das Abstandsgebot in Bezug auf die Schulleitungen. Wir sehen die Fachkräfte und die Förderlehrkräfte.

Ja, wir wollen ein zeitgleiches früheres Hochstufen von Grund- und Mittelschullehrkräften stufenweise.

Ja, wir wollen eine solide Finanzierung – das ist sehr wichtig –; denn – in Ihr Stammbuch geschrieben – das kostet nicht nichts, sondern es kostet immerhin pro Jahr, je nachdem, wie man es rechnet, zwischen 300 Millionen und 500 Millionen Euro. Diese müssen eingepreist werden. Deswegen braucht man eine solide und dauerhafte Finanzierung; auch diese wollen wir garantieren.

Ja, wir wollen das Ganze gemeinsam mit den Lehrkräften, mit den Berufsständen und mit den Verbänden entwickeln, weil es wichtig ist, diese wichtige Entscheidung gemeinsam voranzutreiben. Und – Herr Kollege Fackler hat es gesagt – dies ist natürlich erst einmal kein Schritt, um eine neue Lehrkraft einzustellen, sondern das ist – auch das ist uns klar – ein Schritt, um unsere Wertschätzung der Lehrkräfte an den Grund- und Mittelschulen zum Ausdruck zu bringen, die unglaublich vieles leisten und die vor allen Dingen die Grundlage für alle weiterführenden Schulen schaffen. Was in der Grundschule nicht gelernt wird, fehlt in allen weiterführenden Schulen.

Wir wollen darüber hinaus bei allen Lehrkräften, aber gerade bei den Schulleitungen klare Zeichen der Entlastung setzen. Bei allem, was unsere Lehrkräfte aus dem Unterricht herauszieht, muss eine Entlastung stattfinden. Ich spreche vor allem von der Bürokratie.

Ja, wir wollen die Personalkultur in unserem Hause, im Ministerium, in der gesamten Schulwelt weiterentwickeln. Wir wollen eine positive Personalkultur, eine Personalkultur, die fördert. Wir wollen deswegen auch – Signale kamen ja auch vom Ministerpräsidenten – die Lehrerausbildung weiterentwickeln. Wir wollen eine ergebnisoffene, ehrliche und intensive Debatte mit allen Beteiligten darüber, wie die Lehrerausbildung in Bayern in Zukunft aussehen soll.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ja, wir werden unseren Kurs bei den Einstellungen und den neuen Stellen fortführen. Wir haben bislang im Bereich der Schulen schon über 4.500 Stellen neu geschaffen. Wir werden dies in dieser Legislatur entschieden fortführen, wie wir dies auch im Koa-

litionsvertrag versprochen haben. Wir werden insgesamt daran arbeiten, dass wir in Bayern eine gute Situation an den Schulen und auch für unsere Lehrkräfte haben. Wir werden weiter daran arbeiten, dass wir eine Willkommenskultur für Lehrkräfte haben, die über die Grenzen Bayerns hinaus den Lehrkräften, den Anwärtinnen und Anwärtern klarmacht: Wer nach Bayern möchte, ist herzlich willkommen; wir freuen uns über jede und jeden, der an unseren Schulen mit der entsprechenden Qualifikation unterrichten möchte.

All das sind Bausteine, die wir zusammensehen mit A 13. Vor allem deswegen vielen Dank an die SPD, dass ich das zum Ende dieses Tages so klar sagen durfte. Wir als Freie Wähler wollen A 13 für alle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist heute schon das dritte Mal dran; das ist klar. Das Thema ist heiß für den Wahlkampf. Das habe ich heute schon einmal erwähnt. Der Herr CSU-Redner Wolfgang Fackler spricht von der schrittweisen Einführung nach der Wahl. Natürlich ist es ein probates Mittel, bis zur Wahl zu warten, um dies dann schrittweise anzukündigen. Sie haben das Wort Tarifautonomie erwähnt. Ich frage mich, wo die CSU-Landesgruppe in Berlin war, als es um den Mindestlohn gegangen ist. In der Regierung, in der Großen Koalition haben Sie ihn schon mitgetragen.

Herr Minister Piazzolo kam heute bei der Aktuellen Stunde zum Thema Schule eine Stunde zu spät, hat zu keinem Punkt eine Erklärung abgegeben, obwohl er natürlich gefragt gewesen wäre, und ist jetzt natürlich auch nicht mehr da. Meines Erachtens ist das schon ein Sich-aus-der-Verantwortung-Stehlen; das sage ich hier ganz klar.

(Beifall bei der AfD)

Zum Vorredner von den FREIEN WÄHLERN, Herrn Gotthardt.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ja!)

Sie haben vorher einmal erwähnt, dass die FREIEN WÄHLER A 13 schon lange gefordert hätten.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ja!)

Ich frage mich, was Ihr FREIE-WÄHLER-Vertreter in einer Lehrerrunde hier im Landtag vor einer Besuchergruppe gesagt hat. Anscheinend wissen Sie das nicht. CSU und FREIE WÄHLER haben diese damals schon von GRÜNEN und SPD artikuliert Forderung nach A 13 jetzt zwar aufgenommen, weil das in der Debatte aufgekommen ist, aber Sie haben das damals absolut verneint. Das war in diesem Jahr. Das ist wenige Monate her. So sind die Fakten. Das muss man einmal klarstellen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist eine Unterstellung!)

Im Grunde hat die SPD ein ähnliches Anliegen wie die GRÜNEN, aber es geht noch ein wenig weiter. Neben der Besoldung A 13 für Grund- und Mittelschullehrer und für Förderlehrer, die wir grundsätzlich befürworten, auch im Rahmen der Haushaltsaufstellung, geht es auch um das Verwaltungspersonal. Das ist uns zu weit gegriffen. Deswegen werden wir uns hier enthalten.

Wie ich bereits ausgeführt habe, ist eine bessere Bezahlung Voraussetzung dafür, dass sich junge Menschen dafür entscheiden, als Grund- und Mittelschullehrer arbeiten zu wollen. Lehrer werden händeringend gesucht. Auch Quereinsteiger sind sehr erwünscht. Kultusminister Piazzolo hat gestern, am 26. Oktober, in der BR-Sendung "jetzt red i" versprochen, dass A 13 noch in dieser Legislaturperiode kommt. Das widerspricht diametral dem, was Herr Söder – heute schon zitiert – am 26. September gesagt hat: erst zum Beginn der nächsten Legislaturperiode. Ich schlage vor, ihr einigt

euch zunächst einmal in eurer Regierungskoalition, damit nicht der eine Muh und der andere Mäh sagt. Das wäre jetzt schon interessant.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Einigt ihr euch einmal in eurer Fraktion! Das wäre gescheiter!)

– Das ist jetzt nicht das Thema.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Nein, aber es ist trotzdem so!)

Die Wählerzahlen sprechen eine andere Sprache; das sage ich Ihnen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Arbeiten Sie an Ihren Wählerzahlen; dann reden wir weiter. Abgerechnet wird zum Schluss. Das sage ich jetzt zu dieser Angelegenheit.

Laut einem Bericht des Deutschen Schulportals vom 28. Februar 2019 haben die Lehrer mit vielen Problemen zu kämpfen.

Am häufigsten nannten die Befragten mit 30 Prozent das Problem des Lehrermangels.

Von den Lehrern wird also festgestellt, dass die Situation nicht so rosig ist.

Das Verhalten der Schülerinnen und Schüler gaben 23 Prozent der Lehrkräfte als eine der größten Herausforderungen an, gefolgt von der Inklusion [...].

Für 21 Prozent der befragten Lehrkräfte gehört auch die Kommunikation und Kooperation mit den Eltern zu den größten Herausforderungen an ihrer Schule.

An den Grundschulen, an denen besonders viele Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger zum Einsatz kommen, gaben sogar 68 Prozent der Lehrkräfte an, dass damit Probleme verbunden sind. [...]

Interessant sind auch die Meinungen der befragten Lehrkräfte zu einem einheitlichen Gehalt. Insgesamt 74 Prozent der Befragten fänden es laut Forsa-Umfrage richtig, wenn alle Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen das gleiche Gehalt [...] bekommen würden.

Das ist die entscheidende Umfrage, sehr verehrte Damen und Herren.

Wichtig ist auch, dass Schulen nicht nur gute Lehrer brauchen, sondern auch gute Verwaltungsmitarbeiter. Richtig ist auch, dass Lehrer nicht mit Verwaltungsangelegenheiten belastet werden dürfen; denn sie sollen ja unterrichten – das ist ihre Hauptaufgabe.

Ich fasse zusammen: Nach Angaben des Kultusministeriums fehlen etwa 2.000 Lehrer. Manche Untersuchungen reden von 4.000 Lehrern. Ausgebildet werden 4.500 Lehrer. Laut Schätzung liegt der Bedarf aber bei 7.800 Stellen, die im Studium angeboten werden sollten.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Es liegen keine Meldungen zu Zwischenbemerkungen mehr vor.

Franz Bergmüller (AfD): War aber angezeigt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bei mir war es auch angezeigt. Dann war es weg, und jetzt ist es plötzlich wieder angezeigt. Herr Abgeordneter, ich bitte Sie doch noch einmal ans Mikrofon.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nein, es wurde zurückgezogen!)

– Es wurde zurückgezogen. Tut mir leid, das ist die neue Bewegungstherapie. Der Abgeordnete Gotthardt hat zurückgezogen. – Ich rufe nun den Abgeordneten Matthias Fischbach, FDP-Fraktion, auf. Bitte.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Über das Thema A 13 haben wir in der Tat heute Morgen ausführlichst gesprochen. Ich verweise an dieser Stelle auf meine inhaltlichen Ausführungen. Jetzt ist es nur noch eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob Sie bereit sind, das in den Haushalt mit aufzunehmen und ob man das um E 6 für die Verwaltungskräfte ergänzen möchte. Auch das wäre eine Selbstverständlichkeit, wenn man sich den Personalmangel, den wir haben, ansieht. Ich bin deshalb gespannt, wie die Regierungsfaktionen abstimmen. Eigentlich bin ich nicht gespannt. Aber ich lasse mich gern von etwas Positiverem überraschen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir schnell zur Abstimmung kommen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. Eine Vorbemerkung: Ich werde den letzten Dringlichkeitsantrag nicht mehr aufrufen, weil nicht annähernd die Chance besteht, die Diskussion in einem vernünftigen Maße nach 18 Uhr abzuschließen. Wir haben für die Fraktionen noch circa 17 bis 18 Minuten Redezeit.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/24639. Bitte nehmen Sie Ihr Abstimmungstool zur Hand, und stimmen Sie ab.

(Namentliche Abstimmung von 17:51 bis 17:56 Uhr)

Ich glaube, alle Abgeordneten haben abgestimmt. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis gebe ich anschließend noch bekannt.

Die Dringlichkeitsanträge der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/24640 und der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/24738 sowie die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/24641 mit 18/24644 werden an die jeweils zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Die Sitzung ist noch nicht geschlossen, solange das Abstimmungsergebnis nicht bekannt gegeben ist.

Ich darf nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "A 13 für Lehrkräfte nicht erst ab der kommenden Legislaturperiode und E 6 für Verwaltungskräfte!" auf Drucksache 18/24639 bekannt geben. Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 71 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es 10. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich darf nun die Sitzung schließen. Vielen Dank.

(Schluss: 17:58 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.10.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion SPD; A 13 für Lehrkräfte nicht erst ab der kommenden Legislaturperiode und E 6 für Verwaltungskräfte! (Drucksache 18/24639)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Fackler Wolfgang		X	
Adjei Benjamin	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina	X		
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst	X			Flierl Alexander		X	
Atzinger Oskar			X	Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			
Bauer Volker				Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Gehring Thomas	X		
Becher Johannes				Gerlach Judith			
Becker Barbara		X		Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz	X			Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Gottstein Eva		X	
Böhm Martin			X	Graupner Richard			
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brandl Alfons		X		Güller Harald			
Brannekämper Robert				Guttenberger Petra			
Brendel-Fischer Gudrun		X					
von Brunn Florian				Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin			
Busch Michael	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			
				Halbleib Volkmar			
Celina Kerstin				Hartmann Ludwig	X		
Dr. Cyron Anne			X	Hauber Wolfgang		X	
				Haubrich Christina	X		
Deisenhofer Maximilian				Hayn Elmar	X		
Demirel Gülseren				Henkel Uli			X
Dorow Alex		X		Herold Hans			
Dremel Holger				Dr. Herrmann Florian		X	
Dünkel Norbert		X		Herrmann Joachim		X	
Duin Albert	X			Dr. Herz Leopold		X	
				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Ebner-Steiner Katrin			X	Hierneis Christian	X		
Eck Gerhard				Hiersemann Alexandra			
Eibl Manfred				Hintersberger Johannes			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Högl Petra		X	
Eisenreich Georg				Hofmann Michael		X	
Enders Susann				Hold Alexander		X	
Enghuber Matthias		X					

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	47	71	10